

# Danziger Zeitung



№ 16742.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Petterhagen's gasse Nr. 4. und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1887.

## Die geplante Verfassungsänderung vom Standpunkt eines Gemäßigten.

Die Erklärung des Hrn. Gobrecht in Sachen des Cartells bezüglich der Berliner Stadtverordnetenwahlen ist ein Symptom dafür, daß in einigen Kreisen über die notwendigen Folgen des verhängnisvollen Weges, den ein Theil der national-liberalen Partei geht, Klarheit kommt. Heute liegt uns in der letzten „Weser-Ztg.“, die in der letzten Zeit öfters die Ehre hatte, in national-liberalen und sonstigen Blättern als ein Zeuge gegen die Freisinnigen angeführt zu werden, ein anderer Beweis dafür vor: In derselben wird eine Zuschrift eines Mannes veröffentlicht, „der“, wie die „Wes.-Ztg.“ sagt, „in politischen Dingen stets eine selbständige Haltung bewahrt hat und beispielsweise in kirchlicher Beziehung sehr weit rechts voraus steht“ und der offen und unumwunden seine Gedanken über den Plan der Cartellparteien ausdrückt, jekt ohne irgend eine besondere Veranlassung aus eigenem Antriebe die dreijährige Legislaturperiode in eine fünfjährige zu verwandeln. Die Zuschrift enthält eine sehr klare und treffende Auseinandersetzung über diese wichtige Frage wie über unsere ganze innere Situation, und wir möchten die Berücksichtigung der Gründe des Verfassers namentlich denen empfehlen, welche mit demselben eine gemäßigtere politische Richtung haben. Der Verfasser beginnt mit einer in neuerer Zeit nicht mehr gebräuchlichen Unternehmung.

„Was ist liberal?“ — sagt er. — „Man sollte doch endlich einmal diese Frage aufwerfen und womöglich beantworten. Wer es nicht für sich selbst nötig hat, sollte es aus Barmherzigkeit mit denen thun, die man nun seit geraumer Zeit sich bemühen sieht, jeden Schritt, den sie gern nach rechts hin thun möchten, als liberal oder, besser gesagt, als noch verträglich mit dem Liberalismus darzustellen. Denn so ist die Lage des Liberalismus bei uns. Er ist nicht mehr eine erobernde Geistesmacht, sondern in die Vertheidigung zurückgedrängt. Viele, die aus alter Zeit noch sich liberal nennen, fragen nicht: Was hat ein Liberaler anzustreben, zu thun? sondern nur noch: Was darf ein Liberaler alles noch mitmachen, wenn Reactionäre es vorschlagen? Und niemand wird befreiten wollen, daß die liberalen Gewissen außerordentlich weit geworden sind in Beantwortung dieser Fragen. Die neueste Frage an das liberale Gewissen ist: Darf ein Liberaler die Wahlperiode verlängern lassen? Unseres Wissens ist noch kein Liberaler aufgetreten, der drei für eine heilige politische Zahl ausgegeben und etwa das liberale Dogma aufgestellt hat: Der liberale Staatsgedanke verbietet, eine vier, fünf und noch mehr Jahre dauernde Wahlperiode zu gewähren. Und diese Thatsache giebt den Liberalen, die ein Verhütungspulver bedürfen, die Gewissheit, es sei wohl erlaubt, der Verlängerung der Wahlperiode beizustimmen. Sie erwarten den Beweis, bei welcher Zahl der Liberalismus aufhöre, wie einst die Sophisten den Beweis, bei dem wievielfachen Sandkorn der Sandhaufe beginne. In der That, um die Zahlen wird niemand erhitzen. Allein abschüssig ist die Bahn doch, und um nicht immer weiter dem Drängen reactionärer Politiker nachgeben zu müssen, sollte man sich die Frage vorlegen: Was ist liberal? Für diesen Punkt genügt es zu antworten: Liberal ist, das Volk möglichst an der Beförderung der öffentlichen Geschäfte zu betheiligen, ihm auf dieselbe den größtmöglichen Einfluß zu geben. Der Grundgedanke des Liberalismus ist in der Geschichte aufgetreten mit der Forderung, daß nicht eine regierende Familie, nicht herrschende Klassen die öffentlichen Angelegenheiten allein zu bestimmen haben sollten, sondern daß dem gesammten Volke ein möglichst großer Antheil an Be-

rathung und Entscheidung über dieselben gegeben werden müsse. Natürlich hat das erleuchtete neunzehnte Jahrhundert des 19. Jahrhunderts das Recht, diesen Gedanken des Liberalismus zu verwerten und sich zu betheiligen zu der Ansicht, daß man das Volk am meisten beglückt, wenn man es nicht mit der Verwaltung seiner Angelegenheiten belästigt. Aber dann sollte man auch den Namen aufgeben und offen gestehen: Nach unserer Meinung hat der Liberalismus abgewirkt. . . . Dem Liberalen ist die Wahl kein Uebel, sondern vielmehr die vornehmste Gelegenheit, bei welcher das Volk seinen Antheil an dem Staatsleben betheiligt. Hält er diese Betheiligung für einen sittlichen, socialen, politischen Segen, so kann ihm die vornehmste Betheiligung derselben kein Uebel sein. Er braucht darum nicht zu leugnen, daß mit dem Vortheil viele Uebel verbunden sind, wie es denn überhaupt kein Gutes giebt ohne Uebel. Aber um deswillen kann er den Vortheil nicht aufgeben. Ist es doch überhaupt nicht liberal, um der Uebelstände willen das Gute preiszugeben. Der Liberalismus hält an dem alten Satz: abusus non tollit usum, der Conservatismus lehrt ihn um. Allerdings suspendirt letzterer sein Princip, wenn der Mißbrauch in den höheren Regionen vorkommt, dagegen wenn die Freiheit, die Wahl, Gewerbe, Handels-, Zug-, Pressfreiheit, oder wie die Freiheiten heißen mögen, in den breiteren Schichten des Volkes mißbraucht werden, so ist der Conservatismus rasch bei der Hand, dem Uebel zu wehren, indem er das Gut selbst wegnimmt oder doch beschränkt. Der Liberalismus ist seiner Grundanschauung nach darauf angewiesen, das Uebel mit geistigen Mitteln zu bekämpfen. Ehe er eine Beschränkung der Wahlfreiheit fordert, muß er seine anderen Mittel zur Bekämpfung der Uebel erschöpft haben. Und wir haben in Deutschland noch nicht einmal den Anfang mit einem solchen Kampf gemacht. Hat etwa schon die Regierung ihre Kräfte eingesetzt, um das schlimmste Wahlübel, die Verheerung der Bürger gegen einander, zu bekämpfen? Und ehe das geschehen, viel über die Uebel zu klagen, ist doch feige Zimperlichkeit. Die Erschlaffung der liberalen Partei scheint hier besonders an den Tag zu treten, daß sie nicht schon längst hat nur zu klagen und zu tadeln, mit reformatorischen Gedanken hervorgetreten ist. Wir sollten etwas haben wie englische Corrupt Practices Bill, um den Uebeln bei den Wahlen zu wehren.“

Der Verfasser setzt alsdann auseinander, daß allerdings auch ein Liberaler auf den Gedanken kommen könnte, das Wählen etwas zu vermindern, aber eine solche Verminderung des Rechts des Volkes könne ein Liberaler doch gerade jetzt nicht wollen, jekt wo der liberale Gedanken einer Volksbetheiligung überhaupt nicht in besonderer Achtung stände, und wo überhaupt keine Neigung für eine Förderung der liberalen Staatsauffassung vorhanden wäre. Wenigstens müsse man doch eine Compensation dafür eintauschen. „Wiederholt“ — so schließt der Verfasser seine vortheilhaft und beherzigten Ausführungen — „bemerkten wir, daß diese Verminderung die Volksrechte vermindert, die Regierungsrechte vermehrt. Und letzteres geschieht ohne einen Ausgleich. Die Regierung braucht nicht nach drei Jahren eine neue Wahl auszusprechen, aber sie behält das Recht, jeden Augenblick aufzulösen. Einen ihr günstigen Reichstag kann sie fünf Jahre alt werden lassen, einem ungünstigen Reichstag kann sie in früherer Jugend das Leben nehmen. Wäre es nicht billig, daß, wenn das Volk verzichtet, alle drei Jahre zu wählen, die Regierung auf das Recht verzichtet, jeden Augenblick aufzulösen? Da damit des Wählens ja noch weniger werden würde, stimmt gewiß alles zu. Solche und ähnliche Cautelen sollten doch Liberale, die gerne wieder einmal nachgeben möchten, erwägen. Es wäre sehr nützlich. Es würde zunächst den Glauben stärken, daß es in Deutschland wirklich

noch eine liberale Partei von einiger Festigkeit giebt. So würden auch die Gedanken der Herzen offenbar werden. Wer weiß, ob nicht, wenn diese Verminderung von Volksrechten nicht ohne Compensation zu haben ist, ein allseitiges Befinnen eintritt, und unter allgemeiner Uebereinstimmung der Beschluß gefaßt wird, das Uebel des vielen Wählens noch etwas länger zu tragen?“

Wir wollen auch lebhaft wünschen, daß wenigstens bei denen, die auf den Liberalismus nicht verzichten wollen, ein ernstliches Befinnen eintritt.

## Zur bulgarischen Frage.

Die Audienz, welche der Sultan kürzlich dem russischen Botschafter, Herrn v. Nelidow, gewährte, bildet zur Zeit in Konstantinopel das einzige wichtige Ereigniß der letzten Tage. An wohlunterrichteter Stelle wird berichtet, daß Herr v. Nelidow bei dieser Gelegenheit eine ziemlich entschiedene Sprache führte, ohne aber mehr zu thun, als in allgemeinen Worten die Ungeduld oder, wenn man will, die Unzufriedenheit Rußlands über die Situation auszudrücken und neuerdings auf die der Pforte zukommende Aufgabe der Initiative in der bulgarischen Frage hinzuweisen. Von der in russischen und diesen naheliegenden Organen gegenwärtig beliebten „Rückbildung“ des Berliner Vertrages ist nach zuverlässigen Versicherungen in keiner Art die Rede gewesen. Ueberhaupt — so wird berichtet — konnte nur eine pessimistische Deutung der Worte Herrn v. Nelidow's die Spur irgend einer Drohung in denselben entdecken. Er drückte Bedauern aus, daß man sich noch immer keiner Lösung näherte, und dieses Bedauern wurde natürlich lebhaft getheilt.

Rußlands begreiflicher Wunsch nach einer Lösung stützt zunächst auf die wohlbedachte „meisterhafte Unthätigkeit“, welche der modernen türkischen Staatskunst ihr Gepräge aufdrückt. Konstantinopeler Zeitungen wußten zwar zu melden, daß die bulgarische Minister-Commission abermals über neue, durch Herrn v. Nelidow überbrachte Anträge verhandelt habe, es ist aber die Annahme gestattet, daß dieser Meldungen türkischerseits in der Absicht veranlaßt wurden, die russische Ungeduld zu beschwichtigen und sich den Anschein fortgesetzter Thätigkeit zu geben. In Wahrheit hat Herr v. Nelidow nicht nur keine neuen Anträge gestellt, sondern nicht einmal die längst bekannten formell aufrechterhalten. Ueberdies ist die bulgarische Commission als solche, seitdem sie ihre „Mazbata“ an den Palast gelangen ließ, nicht wieder zusammengetreten und hatte hierzu auch keine Veranlassung. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß die einzelnen Mitglieder derselben nicht Gelegenheit zur Rücksprache hatten. Wilden sie doch gleichzeitig auch die Commission für die asiatischen Eisenbahnen, welche fast täglich Sitzungen abhält. Mit einer etwas freien Wendung könnte man daher diese Körperlichkeit mit dem Diener in Mollières Komödie vergleichen, der, je nachdem er seinen Rod wechselt, sich bald als Koch und bald als Stallknecht vorstellt. Vorläufig hat die bulgarische Commission ihrer Aufgabe in dieser Eigenschaft genügt, indem sie ein langes „Mazbata“ ausgearbeitet hat. Die Antwort hierauf wird vom Palaste erwartet und man darf sicher sein, daß sie lange auf sich warten lassen wird. Die in den letzten Tagen verbreiteten Gerüchte von der beabsichtigten Ueberwindung einer Circulärnote der Pforte in der bulgarischen Frage dürften schwerlich in naher Zeit eine Befestigung finden.

## Deutschland.

△ Berlin, 31. Oktober. [Reform der Bestimmungen über den Handel mit Arzneimitteln.] Die bisherigen Bestimmungen über den Handel mit Arzneimitteln sind bekanntlich seit längerer Zeit als unzureichend erschienen. Es bedarf besonders gesetzlicher Bestimmungen bezüglich der Begrenzung des Geschäftsbetriebes der Apotheker und der

Drogisten. Die Regierung geht damit um, die bisherigen Lücken durch eine neue kaiserliche Verordnung auszufüllen. Es ist deshalb eine Fachcommission aus Vertretern der in Betracht kommenden Gewerbebetriebe aus allen Bundesstaaten berufen worden, deren Aufgabe darin bestand, das Material für die beabsichtigte neue kaiserliche Verordnung zu beschaffen. Diese aus 28 Mitgliedern bestehende Commission hat soeben ihre Arbeiten beendet; dieselben fanden unter dem Vorsitz des Directors des Reichs-Gesundheitsamts, Geh. Rath Köhler, in den Räumen des gedachten Reichsamtes statt. In achtstündigen angestrengten Sitzungen hat die Commission ihre Aufgabe gefeiert beendet. Dieselbe wird der Regierung ein sehr umfassendes Material zuführen, dessen Bearbeitung in Form einer Denkschrift mit dem geplanten Entwurf einer kaiserlichen Verordnung dem Bundesrath zugehen dürfte.

h. Berlin, 31. Oktober. In einer mit etwa 10 000 Unterschriften bedeckten Petition an den Reichstag haben die Maurer Berlins sich über ihre Lage ausgesprochen. Sie betonen, daß trotz der glänzenden Lage des Baugeschäftes in Berlin die hiesigen Maurer noch nicht den Lohn bekommen, den die Hamburger Maurer erhielten. Der Strike von 1885, der in größter Ordnung und Ruhe verlief, habe zwar für sie eine kleine Lohnsteigerung gebracht; 1886 wäre eine größere Anzahl ihrer „Besseren Collegen, obgleich dieselben sämtlich der politischen Bewegung ferngeblieben und sich durch ihre Arbeit reichlich ernährten“, aus Berlin ausgewiesen worden. Der Vorstand des „Bereins zur Wahrung der Interessen Berliner Maurer“ wäre in einen Prozeß verwickelt worden, der „jetzt nach fast anderthalbjähriger Voruntersuchung noch nicht das Material zur Erhebung einer Anklage geliefert zu haben scheint“. Am schwersten aber fühlen sich die Berliner Maurer dadurch betroffen, daß ihnen seit Jahresfrist jede öffentliche Versammlung fortgesetzt verboten sei. Die Berliner Maurergesellen seien so nicht nur des nach dem preussischen Gesetze ihnen zustehenden Versammlungsrechtes, sondern auch des durch die Reichsgewerbeordnung ihnen gewährleisteten Rechtes, sich zur Erreichung günstiger Arbeitsbedingungen zu vereinigen, thatsächlich beraubt. Hiergegen erhobene Beschwerden im vorgedachten Infranzengewe, der erschöpft wurde, hätten eine Abhilfe nicht gebracht. Die Berliner Maurer wenden sich daher an den Reichstag; derselbe wolle dahin wirken, daß ihnen das gesetzlich zustehende Vereinigungs- und Versammlungsrecht, das sie nie gemißbraucht hätten, voll und ganz in den gesetzlichen Grenzen wieder gegeben werde.

\* [Zum Leiden des Kronprinzen.] Wie der „B.-Ztg.“ von glaubwürdiger Seite gemeldet wird, steht eine Entscheidung des Kaisers darüber in naher Aussicht, ob ein deutscher Spezialarzt und welcher behufs Prüfung des Kaiserlebens des Kronprinzen nach San Remo zu entsenden sei.

\* [Hohenlohe's russisches Erbe.] Der amtliche „Dnevnit Warshawski“ meldet, Fürst Schlobowig von Hohenlohe habe sich nunmehr entschlossen, wegen der Erbchaft des verstorbenen Fürsten Peter von Sahn-Wittgenstein für einen seiner Söhne die russische Staatsangehörigkeit anzunehmen. Fürst Hohenlohe habe auch alle Kaufanträge, die an ihn herangetreten, zurückgewiesen.

\* [Danke des Sultans.] Einer aus Konstantinopel kommenden Mittheilung zufolge hat der Sultan dem deutschen Kaiser telegraphisch seinen Dank für die wohlwollende Theilnahme ausgedrückt, welche Se. Majestät den elf türkischen Offizieren angedeihen ließ, die vor kurzem ihre militärische Ausbildung im deutschen Heere vollendet haben.

\* [Ueber die Getreidezollerhöhung.] Erhält der „Hamb. Correspond.“ einen Artikel, der anscheinend aus

## Westpreussischer Geschichtsverein.

Vortrag des Herrn Archidiacons Vertling über: Danzig und Elbing in der Reichsacht.

Vor einer zahlreichen besuchten Versammlung entrollte der Herr Vortragende ein wenig bekanntes Bild aus Danzigs Vergangenheit, geführt auf Urkunden und Briefe, welche sich im hiesigen Stadtarchive befinden. Früh schon hatte der Zug nach dem Osten von Deutschland aus begonnen; deutsche Ritter waren gekommen, das Weichselland zu erobern, deutsche Bürger und Bauern hatten Städte gebaut und das Land besiedelt, und ein eigenartiges deutsches Leben war hier im Osten erblüht, aber das deutsche Reich kümmerte sich als solches wenig um seine ferne Nordostfront. Zwar hatte der Kaiser hin und wieder sein Ansehen für diese Lande in die Wagchale geworfen, so lange es noch etwas galt, als jedoch die polnische Nation sich gesammelt hatte und nach den Weichselländern und der Ostseeküste drängte, da fehlte der Bestand des Reiches dem Orden nicht nur, es ist ihm geradezu schädigend und feindselig gegenübergetreten. Als nach der Schlacht bei Tannenberg der Orden bei König Sigismund um Hilfe warb, nahm der König wohl das Geld, welches der Orden geboten, pactirte aber mit Polen, und das war mit die Hauptursache für die Verarmung des Ordens. Nicht anders machten es die deutschen Ritter. Sie kamen wohl, wenn der Orden um Hilfe warb, machten aber lange Rechnungen nicht nur für Nahrung und Kleidung, sondern auch für ihre Dienste. Und als im Frieden zu Thorn, 19. Oktober 1466, der Hochmeister mit Thronen in den Augen den Vertrag unterzeichnete, da bat wohl der päpstliche Legat, sonst durchaus kein Freund des Ordens, für diesen, der deutsche Kaiser aber kümmerte sich nicht um ihn. Einmal noch ist der deutsche König diesen Landen nahe getreten, aber nur, um ihnen Verlegenheiten zu bereiten. Kaiser Maximilian, der tapfere, schwärmerische, von romantischem Stimm umfrahnte Fürst, vereinigte beim Antritt seiner Regierung die Hoffnungen der ganzen

Nation auf sich. Man war sich klar geworden in Deutschland, daß mit dem Ueberlieferen gebrochen werden müsse, daß Reformen nötig seien, dem fernen Leibe des alternden Reiches aufzuhelfen. Gern ließ der König diesen Gedanken sein Ohr, aber wie er sich nie erfüllte, mit seinen geheimsten Gedanken stets für sich blieb, so war es auch mit den Verhandlungen darüber. Zu den wichtigsten Plänen für die Reform gehörte neben der Neugestaltung des Gerichtswesens der Wiedergewinn der verlorenen Landschaften, und in dem Verzeichnisse der deutschen Lande und Städte waren auch Danzig und Elbing aufgeführt als reichsunmittelbare Städte. Es war dies ein Irrthum, aber hergenommen von dem fälschlichen Gedanken, das Reich in seiner alten Herrlichkeit wieder erstehen zu lassen.

Als man dieses in den Weichselländern kund that, geschah es zu einer sehr ungeliebten Zeit. Verwicklungen mit Schottland und Holland, Streitigkeiten mit Italien um das Gut der 1472 von Paul Venetie genommenen großen Gemälde (jüngste Gericht), mit dem Hauptmann von Marienburg und dem Bischof von Ermland um einen Theil der Nehrung, mit Thorn um das Stapelrecht waren zu erledigen. Dazu kamen böse Händel in der Stadt, die sogar das Interdict über Danzig herbeiführten, das erst 1484 durch Vermittelung des Königs Kasimir aufgehoben wurde. Und dabei ringsumher Kriege, der Großfürst von Litauen im Felde gegen die Moskowiter, der König von Polen gegen die Tatarer. Da kam nun noch plötzlich der deutsche König mit seinen Reformplänen. Im Oktober 1492 benachrichtigt König Max die Stadt Danzig, der Reichstag würde nicht in Weß, sondern in Roßlau abgehalten werden; Danzig wurde dazu eingeladen und gleich gesagt, daß die Stadt Hilfe gegen Frankreich zu leisten habe. Die Danziger waren natürlich höchlich erstaunt ob dieser Fürsorge des Reiches, ließen den Brief aber unbeantwortet. Nun folgten noch drei Schreiben, in denen ihnen mitgetheilt wurde, es sei ihnen ein Theil des gemeinen Pfennigs aufgelegt; wenn sie diesen nicht bezahlten, würden sie

zur Verantwortung gezogen werden. Die Danziger antworteten, diese Aufforderung könne unmöglich ihnen gelten, da sie sich keiner Verpflichtung gegen das Reich bewußt seien.

Die Angelegenheit schien zu ruhen, als wieder am 18. Juli 1496 ein Schreiben in Danzig eintraf, welches Erlass für das dem Thomas Jodeke aus Frauenburg weggenommene Getreide forderte und eine Vorladung an die Städte Danzig und Elbing vor das Kammergericht enthielt.

Mit dem J. Jodeke verhielt es sich folgendermaßen: Im Jahre 1482 wurde um der großen Theuerung willen die Ausfuhr von Getreide verboten, Fremden und Einheimischen, nur sollte es erlaubt sein, in Polen aufgekauft Getreide in das Ordensland zu führen. Jodeke hatte nun Getreide in Polen gekauft und auf die Weichsel geschafft, offenbar nicht, um es in das Ordensland zu führen, sondern es heimlich in das Ausland zu verkaufen. Deshalb war sein Getreide auf der Weichsel mit Beschlagnahme belegt und nicht vernichtet, wie später behauptet wurde, sondern in Thorn auf dem Markte, und das zum Theile von Jodeke selbst, verkauft worden. Jodeke wollte nun offenbar nachher eine Entschädigung haben für den Verlust, der ihm entgangen war dadurch, daß er das Getreide nicht hatte ausführen dürfen, und verlangte zuerst durch Vermittelung des Königs Johann von Dänemark 1488 den Erlass von 3000 Gulden, ein Jahr später in einem eigenen Schreiben an den Rath schon 8000 Gulden. Zeugnisse, welche er vom Herzoge von Masowien und dem Rathe der Stadt Bloß beibrachte, konnten kein klares Licht in die Sache bringen. Ohne sich nun weiter an den Oberherrn der Stadt, den König von Polen, zu wenden oder vor einem Gericht oder den Räten des Landes sein Recht zu suchen, war Jodeke an das deutsche Kammergericht gegangen, das nun die oben erwähnte Ladung an die beiden Städte ergaß. Der König von Polen befiehlt ihnen, sich an nichts zu kehren. Eine zweite Ladung ergeht am 15. Oktober 1496, und da von Seiten der Städte nichts erfolgt, auch keine Abgeordnete erscheinen, wird am 5. Juni 1507 die Reichsacht über Danzig und Elbing feierlich durch den Fiscal des

Kammergerichtes verkündet und an alle Stände des Reiches verbreitet. Folge der Acht war, daß der Gedächtnis festgehalten, sein Hab und Gut eingezogen werden konnte. Bei einer Civilklage konnten dem Kläger Helfer ernannt werden, welche dann verpflichtet waren, ihm beizustehen, falls er ihre Hilfe in Anspruch nahm. Auch Jodeke beizorgte sich Helfer zunächst in den Personen des Hans Bassad aus Zwidau, Jakob Kronenberg und Martin Spengler.

Ueberall hin wandten sich die Städte Danzig und Elbing und hatten auch einigen Erfolg, aber in Halle und Wittenberg wurden doch Danziger Güter mit Beschlagnahme belegt, und 1499 erklärte auch der Herzog von Pommern, er müsse von nun an Güter und Personen der Danziger in Haft nehmen. In Mainz war Bassad erschienen und hatte gebeten, ihm den Austrag zur Ausführung der Acht zu übergeben. Da wird am 14. August 1500 die Acht plötzlich von Max suspendirt. Damit war aber nicht viel geholfen, denn jeden Augenblick konnte sie wieder wirksam werden. Nun schickte Johann Albert von Polen Gesandte an den Kaiser, welche ihm vorstellten, daß beide Städte ganz außer dem Reichsbereiche des deutschen Reiches lägen. Das schien Max auch einzusehen, und am 15. Mai 1501 wurde die Acht wieder aufgehoben. Nun starb 1501 Johann Albert, und die politischen Nachbarn hatten auf der Königswahl mehr zu thun, als daß sie sich für diese Angelegenheit interessieren konnten, und Elbing bringt deshalb eifrig in Danzig, alles zu thun, um die Angelegenheit aus der Welt zu schaffen, denn in Nürnberg sei ein Anschlag verbreitet, wenn Danzig sich nicht vor dem Kammergericht stelle, folge die grobe Acht, und dann wäre jeder Verkehr mit der Stadt abgeschnitten. Auch habe sich Graf Adolph von Nassau sehr um die Acht gekümmert. Inzwischen kommt eine Verfügung nach der anderen vom Könige Max, der immer wieder Hilsgelder und Beistand verlangt und aufs neue mit der Acht droht. Er wurde offenbar allmählich erbittert gegen die Städte. Von Danzig wird der Secretär Zimmermann abgeordnet, der vor dem Kammergericht feierlichen Protest einlegt gegen die Forderungen des Königs. Dieser aber



„unterrichteten“ Kreise. Die Erklärung des Ministers Lucius namens der Regierung auf die Interpellation Minnigerode scheint schon in Reue-  
rangskreisen bedauert zu sein. Aber man wird wohl über die Konsequenzen ziehen. In Folge jener Erklärung ist die Getreidezufuhr im Mai und Juni sehr stark gewesen und die großen Vorräte übten einen großen Preisdruck. Dasselbe wiederholt sich jetzt. Die Einfuhr bleibt groß und daher die weiter sinkenden Preise. „Wenn“ — so heißt es in der Correspondenz — „die Getreidebauern jetzt über niedrige Preise klagen, so haben sie dies zum Teil der agrarischen Agitation in und außer den gesetzgebenden Versammlungen zu danken. Ohne die Interpellation Minnigerode würde zu den allgemeinen Ursachen des niedrigen Standes der Getreidepreise nicht noch verhängend das besondere Moment einer künstlich gesteigerten Einfuhr hinzugekommen sein. Jetzt ist allerdings der Preis des Roggens nachgerade so niedrig, daß die theuer produzierenden Landwirtschaften ernstlich vor die Frage gestellt sind, ob sie den Bau von Roggen nicht gänzlich aufgeben müssen. Unter den obwaltenden Umständen verheißt man sich auch in agrarischen Kreisen nicht, daß selbst bei einer Verdoppelung der Getreidepreise nicht die Hebung der Getreidepreise auf das gewünschte Niveau zu erhoffen ist. ... Ein Sperrgesetz würde, selbst wenn man dasselbe ohne Rücksicht auf die geschlossenen Verträge zur Anwendung bringen wollte, angesichts der vorhandenen Vorräte wenig helfen. Ebenfalls eine Nachsteuer, selbst wenn eine solche nicht als unausführbar erschiene. Dagegen liegt der Gedanke nahe, die Beseitigung der vorhandenen Getreidelager durch Gewährung einer Ausfuhrprämie zu ermöglichen. Einen ähnlichen Gedanken verfolgte der Antrag Graf Stolberg wegen Aufhebung des Identitätsnachweises. Er wollte für alles ausgeführte Getreide eine Vergütung in Höhe des Zolles gewährt wissen. Ob dieselbe baar zu zahlen oder in Form der Berechtigung zur zollfreien Einfuhr eines entsprechenden Quantum von Getreide gewährt werden sollte, ließen die Antragsteller vorläufig dahingestellt sein; dagegen sollten mit Ausnahme der Transitländer in den Ausfuhrhöfen zollfreie Getreidelager nicht länger gestattet werden. Die Regierung haben sich bisher ablehnend gegen jeden derartigen Gedanken verhalten. Selbst wenn der Reichstag, was doch mehr als zweifelhaft ist, etwaigen agrarischen Anträgen nach dieser Richtung folgen sollte, ist es daher sehr zweifelhaft, ob sie praktische Bedeutung gewinnen werden.“

\* [Die physikalisch-technische Reichsanstalt], zu welcher durch die Freigabe von Werner Siemens die Anregung gegeben worden war, hatte im vorigen Reichstage eigenbürtige Schicksale zu bestehen, ehe sie genehmigt wurde. Nach dem ursprünglichen Plane sollte sie aus einer wissenschaftlichen und aus einer praktischen Abteilung bestehen und für einen eigenen Gebäude errichtet werden, zu welchem Siemens 500 000 Mark herzugeben sich erboten hatte. Die Budgetkommission stieß die wissenschaftliche Abteilung und machte auch an der praktischen Abtheilung. Schließlich wurde die Anstalt im Plenum nach einem Vermittlungsantrage des Abg. Schröder genehmigt. Seitdem ist wenig über die Ausführung des Planes bekannt geworden. Inzwischen ging man jedoch mit der Errichtung der praktischen Abtheilung vor, welche, wie es von vornherein vorgesehen war, im Polytechnikum zu Charlottenburg untergebracht wird. Das Präsidium übernimmt Professor Dr. Helmholz, ohne deshalb seine Vorlesungen an der Universität aufzugeben; ob er auch das Directorat des physikalischen Instituts an der Universität beibehalten wird, könnte eher fraglich sein. Zu Mitgliedern der Anstalt sind ferner u. a. ernannt worden: Reg.-Rath Löwenherz und Dr. Bernert von der Normalabrechnungs-Kommission, der Assistent des Professors Dr. Helmholz, Dr. Sumner, u. a.

\* [Kaiserliche Erträge]. Darüber, ob der Kaiser bei seinen Fahrten auf den preussischen Staatsbahnen kostenfreie Beförderung genießt oder nicht, begegnet man vielfach widersprechenden Ansichten. Es mag deshalb hier bemerkt werden, daß mit einer einzigen Ausnahme weder der Kaiser noch irgend ein Mitglied seines Hauses das Privilegium freier Beförderung auf den Eisenbahnen besitzen. bezw. in Anspruch nehmen. Diese Ausnahme betrifft die das Gebiet des früheren Kurfürstentums Preußen durchschneidende ehemalige Main-Weier-Bahn, d. i. die Strecke von Rassel bis Frankfurt a. M., auf welcher dem Kaiser und seiner erlauchten Gemahlin als Nachfolger des Kurfürsten von Hessen die von dem letzteren innegehabte Beförderung des freien Transportes der eigenen Person und der für ihre Rechnung zu befordrigen Personen und Güter zusteht. Auf die Prinzen und Prinzessinnen des kaiserlichen Hauses erstreckt sich jedoch die frag-

liche Vergünstigung nicht. Im übrigen bezieht der Kaiser, welcher, nebenbei gesagt, ausschließlich der Ertrag der, die tarifmäßigen Transportgebühren. Die Höhe derselben richtet sich natürlich ganz nach der Zahl der in den Ertrag eingestellten Wagen, beziehungsweise Wagenachsen, und beträgt durchschnittlich etwa 6 Mk. für das Kilometer. Berücksichtigt man, daß der Kaiser alljährlich verschiedene Tausend Kilometer mit Ertrag zurücklegt, so ergibt sich hieraus eine ganz erhebliche Einnahme für die Eisenbahnen.

Stettin, 29. Okt. [Ein Brief des Kronprinzen.] Die „Straß.“ erhielt Kenntnis von einer brieflichen Mitteilung, welche der Kronprinz von Bayern aus an eine ihm bekannte Person unserer Provinz gerichtet hat. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Da ich während der Kaiser-Manöver in unserem lieben Bismarck leben mußte, kostete mich ein schweres Opfer; ich muß aber unausgesetzt befehlen bringen, weil meine erste Pflicht gegenwärtig in Wiederherstellung meiner Gesundheit besteht, zumal die Behandlung, welcher ich seit Mai mich unterwerfe, entscheidende Fortschritte in der Genesung nachweist. Festere kann aber nur eine langsame sein, weil, nachdem das Hauptziel überwunden ist, die Heilung sich ganz allmählich und nur durch Schweigen und Aufenthalt in milderer Luft, als der Winter in der Heimat es gestattet, geben dürfte.“

Schweiz. Bern, 30. Okt. Nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten über die heute stattgehabten Nationalratswahlen gehört die Mehrzahl von zwei Dritteln der Stimmen den Liberalen. Von 145 Wahlen lief 103 Resultate bekannt. Ebenso ist durch die Wahl zweier liberaler Ständeräte seitens Solothurns die liberale Mehrheit in dem Ständerathe gesichert. (W. T.)

Frankreich. Paris, 30. Okt. Der Kriegsminister ordnete, um die Wiederholung boulangistischer Demonstrationen zu verhindern, das Aufheben der jeden Sonnabend in Clermont-Ferrand stattfindenden Wachtmusik an.

England. London, 30. Oktober. (Officiell.) Lord Lytton ist zum Vizekönig in Indien ernannt worden. Die Königin verlieh dem bisherigen Vizekönig Lord Lyons die Carl-Würde.

London, 29. Oktober. Sir Charles Dille veröffentlicht in der „Fortnightly Review“ einen Artikel über die britische Armee, in welchem er seine aus früheren Arbeiten bereits bekannten alarmistischen Ansichten wiederholt. Sir Charles behauptet, daß eine Ausgabe von 5 1/2 Millionen Pfd. Sterl. (110 Millionen Mark) durchaus notwendig sei, um neue Gewehre beschaffen, sowie die militärischen und kommerziellen Stationen besetzen zu können, ganz zu schweigen von einer besseren Ausrüstung und Organisation. Außerdem empfiehlt Dille dringend die Befestigung strategisch wichtiger Punkte um London herum, was weitere 3 bis 5 Millionen Pfd. Sterl. kosten würde. Die „Times“ bemerkt hierzu, daß Dille, wenn es ihm nicht gelingen sollte, die Richtigkeit seiner Ansichten zu beweisen, dem Vorwurfe nicht entgehen werde, nichts als Unheil gestiftet zu haben; wenn er aber Recht habe, dann werde er dem Lande einen Dienst erwiesen haben, indem er dasselbe zwang, der Wahrheit, wie unangenehm und kostspielig dieselbe auch sein mag, ins Angezicht zu schauen.

Spanien. Madrid, 30. September. Der Artikel 2 des Decrets vom 27. d. beauftragt eine Commission mit der Auffassung von Mitteln zur Denaturierung von Spiritus. Die Aufhebung der Verordnung vom 30. September tritt erst in Kraft, wenn diese Commission ihre Aufgabe erledigt hat. (W. T.)

Türkei. \* Die türkische Regierung hat ihre Aufmerksamkeit wieder auf das Vertheidigungs-System um Konstantinopel gerichtet. Es wird eifrig bei Schatzkassas gearbeitet, um die dortigen Befestigungen möglichst zu verbessern. Das Vertheidigungs-System besteht einfach aus einer Anzahl kleiner Schanzen, die sich einerseits bis ungefähr Kara-Burun (am Schwarzen Meer) und andererseits bis Silivri ausdehnen. Da sie seit dem letzten Kriege nicht unterhalten worden sind, befinden sie sich der Mehrzahl nach in recht schlechtem Zustande. Auch sind sie, selbst wenn sie vollständig renoviert werden sollten, nach der Meinung der Mehrzahl der Sachverständigen nicht stark genug, die drei Strahlen, die von Adrianopel nach Konstantinopel führen, wirksam abzuwehren. Es ist nun von den deutschen Offizieren ein neuer Plan ausgearbeitet worden, welcher die Demolierung dieser Schanzen und deren Ersetzung durch drei große Forts zum Gegenstande hat. Bis hierher sind aber, wahrscheinlich in Folge des Geldmangels, die Arbeiten noch nicht begonnen worden.

Rußland. Petersburg, 27. Okt. Der „Swet“ erfährt, daß gegenwärtig die Frage der Umwandlung der

Universität Dorpat nach dem Muster der russischen Universitäten auf der Tagesordnung stehe. — Von Neujahr ab soll, wie die russische „Pet. Stg.“ erzählt, eine bedeutende Erhöhung des Zolls auf ausländische Kindererziehungsanstalten, und zwar von 45 Kop. Metall pro Pfund bis auf 55 Kop. Metall erfolgen.

Afrika. \* [Nachrichten von Emin Pascha.] In Zanzibar gingen am 27. d., wie dem Reuterschen Bureau von dort gemeldet wird, Nachrichten aus Mittelafrika ein. Emin Pascha empfing die zu ihm geschickten Abgesandten des Königs von Uganda, Mwanga, der beunruhigt, durch die Nachrichten über Stanley's Expedition, von dem Pascha zu erfahren wünschte, was der eigentliche Zweck der Expedition sei. Emin Pascha sagte den Abgesandten des Königs, daß, so viel er wisse, — und die gegenwärtig bei ihm in Wabelai weilenden Emisäre der Consuln in Zanzibar könnten dies bestätigen — die Mission Stanley's eine rein friedliche, von humanen Motiven befeuert sei. Seine (Emin Pascha's) Freunde in Europa, bekümmert über seinen langen Aufenthalt in Afrika und den Gefahren, denen er ausgesetzt sei, sendeten ihm Proviant und neue Vorräte, und diese würden von der von Stanley befehligten Expedition nach Wabelai gebracht. Was die Mission Typo Tips anbelange, so habe dieselbe, wie Emin Pascha erklärte, zweifelsohne etwas mit der Regierung des Congo zu thun und stehe in keinem Zusammenhange mit der Mission Stanley's. Schließlich betraute der Pascha die Abgesandten beim Abschiede mit einer persönlichen Mitteilung von ihm selber an Mwanga und fügte auch einige Geschenke für den König hinzu. Diese Mitteilung erzählte, als sie in die Hände dieses Monarchen gelangte, eine vortheilhafte Wirkung. Er hatte vorher, ungeachtet der dringlichen Vorstellungen der Missionäre, einen großen Theil seiner Streitkräfte mobilisiert und Bündnisse mit den benachbarten Häuptlingen, mit denen er vorher Krieg geführt, geschlossen, allein nachdem er die Nachrichten von Emin Pascha vernommen, stellte er seine Vorbereitungen ein. Es scheint, daß er beabsichtigte, mit seinen Truppen nach dem Süden des Albert-Nyanzasees vorzuziehen und, wenn möglich, die von Emin Pascha an dem See errichteten kleineren Stationen zu erreichen. Als Emin Pascha seine Antwort an Mwanga sandte, war er in Wabelai, Nachrichten von der Entlass-Expedition entweder von Stanley direct oder von einer der zwei Abtheilungen, die er der Expedition entgegen geschickt hatte, erwartend. Die Zustände in Wabelai waren zur Zeit im allgemeinen befriedigend.

### Telegraphischer Specialdienst der Dautinger Zeitung.

Berlin, 31. Oktober. Verschiedene private Nachrichten stimmen leider darin überein, daß eine Besserung in dem Befinden des Kaisers bisher noch nicht eingetreten ist. Die Erhaltungsercheinungen dauern noch fort.

Der „Reichsanzeiger“ schreibt officiell an der Spitze des Blattes: „Rheumatische Krenschmerzen im Verein mit Ermüdung und Abspannung, wie sie im Verlauf der Krankheit gewöhnlich eintreten, pflegen, geboten Sr. Majestät, gestern den ganzen Tag über im Bett zu verbleiben. Ein mehrstündiger Schlaf im Laufe des gestrigen Tages hat die Gleichmäßigkeit der letzten Nachtruhe einigermaßen beeinträchtigt.“

Seit heute früh verbreitete Nachrichten, welche auch von unserem Berliner Correspondenten bestätigt werden, wollen wissen, der Kaiser habe den lebhaften Wunsch ausgesprochen, daß sein Sohn möglichst bald aus Italien zurückkehren möge.

Das „Kleine Journal“ will wissen, es sei nicht unwahrscheinlich, daß der Kronprinz schon nach einigen Tagen in Berlin eintrifft. Das „Berl. Tageblatt“ citirt diese Meldung, ohne dafür irgend welche Bürgschaft übernehmen zu können.

Unser Correspondent meldet, es sei die Möglichkeit gegeben, den Kronprinzen bei fortschreitender Besserung wenn nicht alsbald, so doch erheblich früher, als geplant war, in Berlin zu sehen, wo er sich dann freilich große Schonung auferlegen dürfte. Ferner berichtet derselbe Correspondent: Man wird mit Freude wahrnehmen, daß die Berichte über das Befinden des Kronprinzen jetzt in übereinstimmender Weise günstig lauten. Nach zuverlässigen Privatnachrichten hätte es beinahe den Anschein, als ob mit den letzten acuten Erhaltungsercheinungen eine Art von Krampf eingetreten wäre. Es ist seitdem wenigstens von Tag zu Tag besser gegangen; die Erhaltungszustände, welche den Krampf angegriffen hatten, sollen ganz beseitigt sein.

alles, was ihn betroffen, Liebe, Leidenschaft, den ganzen bitteren Jähren, das ganze Elend seines tragischen Geschicks mitzuempfinden, und mit bewegten Gesichtszügen sagt sie's ihm.

„Ich danke Ihnen für Ihr Vertrauen, ich werde es ehren“, sagte sie zuletzt ernst und warm. „Sie werden nun nicht mehr allein zu Gott beten, daß er die Wahrheit an den Tag bringt, ich werde es mitthun.“

Das Klingt so einfach und gut, daß er an sich halten muß, nicht ihre Hand zu ergreifen und an die Lippen zu drücken. Er beherzigt sich und sagt, im plötzlichen Gedanken des Wilses in ihrem Bunde, an die Richtung seines Kopfes, die ihn etwas Unverkennbares, Erheutes, Wunderbares ahnen läßt, mit traurigem Ernst:

„Ich bin zu Ende. Warum ich Ihnen dies Alles erzählt habe? Ich will es Ihnen sagen. Seit ich Sie kenne, fühle ich den erschafften Kern meines Lebens allmählich wieder erstarken und gesund. Meine in der Wissenschaft eingeblümmerte Phantasie erwachte. — Ich schuf mir Bilder, schöne Bilder, die der Zukunft gehörten. Ich vergaß für Tage und Wochen, daß es eine Vergangenheit gegeben, die mir für immer Entfaltung befehl, ich träumte wieder von Glück. Da traten mir von neuem diejenigen in der Welt, die mit mein Leben verdrängen haben, und weckten mich, noch eben zu rechter Zeit, und das ist der einzige traurige Dank, den ich Ihnen schulde, denn ich stand im Begriff, Hoffnungen und Wünsche zu fassen, einen anderen lieben Namen mit dem meinigen zu verketten, was nicht geschehen darf, niemals, nicht eher, als bis mein Ruf und meine Ehre so rein und makellos vor der Welt dasteht, wie vor dem Gott, an den wir glauben, nicht eher, als der verschwundene — nein“, fährt er plötzlich, vom Grimm gepackt, auf — „nicht verschwundene, sondern der, wenn nicht vernichtete, doch verdrängte Festungsplan als Zeuge meiner Unschuld aus Tageslicht gebracht worden ist, sonst habe ich mein Glück aufgesehen und es mit meinem geschändeten Namen ins Grab zu nehmen. Und nun ist es genug“, schließt er, hochaufatmend, „und nehmen Sie Dank für die Geduld, mit der Sie mir zugehört haben.“

und auch die Heiserkeit sei seitdem erheblich gewichen. Das Allgemeinbefinden des Kronprinzen war ja immer zufriedenstellend.

Berlin, 31. Oktober. Bezüglich der Erhöhung der Getreidezölle heißt es nach unserem Berliner Correspondenten, die Regierung wolle großes Gewicht auf das Votum des Landwirtschaftsraths und des Landes-Deconomie-Collegiums legen. Bei der starken agrarischen Strömung in beiden Körperschaften sei das Ergebnis zu Gunsten der Erhöhung freilich voranzugehen; offenbar aber wünsche die Regierung eine Unterstützung von dieser Seite, und augenscheinlich erhoffe sie dadurch aus der Verlegenheit über das Maß der Erhöhung herauszukommen. Weiter als bis zur Verdoppelung der Sätze wolle die Regierung für jetzt nicht gehen. Nun aber habe sich im agrarischen Lager bereits eine Spaltung vollzogen. Auf der einen Seite wollen die Heißhörner eine Verdreifachung unter Beibehaltung des Identitätsnachweises, während eine gemäßigtere Gruppe nur Verdoppelung unter Aufhebung des Identitätsnachweises erstrebt. Diese Gruppe hofft den Getreidehandel auf ihrer Seite zu sehen und andererseits im Reichstage besonders bei den Nationalliberalen Zustimmung zu finden. Welche Gruppe nun obliegen wird, bleibt abzuwarten. — Uebrigens läßt sich über die Zusammenfassung der Mehrheit des Reichstages bis jetzt noch gar nichts sagen. Die Haltung des Centrums bleibt nach wie vor unklar, und wenn sich und da behauptet wird, das Centrum werde sich gegen von ihm zu fordernde Gegenleistungen — und man denkt hierbei zunächst an Aufhebung des Jenseitengesetzes — schließlich gefällig zeigen, so wird hierfür doch noch erst der Beweis zu erbringen sein.

Das „Deutsche Tageblatt“ meldet unter Vorbehalt: Der Zar wird mit der Zarewina mittels des kaiserlichen Salonzuges von Fredensborg über Berlin nach Rußland zurückkehren und entweder vom Centralbahnhof in der Friedrichstraße aus dem Kaiser im Palais einen kurzen Besuch abtatten, oder — was noch wahrscheinlicher sein soll — auf dem Centralbahnhofe selbst Gelegenheit haben, Kaiser Wilhelm in den dortigen königl. Appartements zu begrüßen. Eine Reise des Zaren über Lübeck und Stettin, ohne Berührung Berlins, ist völlig ausgeschlossen. Beide Monarchen werden sich in Berlin sehen und sprechen.

Die „Kreuzzeitung“ wendet sich gegen die wider „bedenkliche Gesellschaft“ gerichtete Anklage eines nationalliberalen Führers und erklärt sich mit dem zweiten Nationalliberalen der „Nat.-Stg.“ einverstanden, der sich für ein Zusammengehen mit den Conservativen bei den Stadtverordnetenwahlen ausspricht. Unzutreffend — sagt sie — ist in seiner Darstellung nur, daß die Nationalliberalen in Berlin lediglich mit den sog. „gemäßigten“ Conservativen zusammen arbeiten. Dabei würde, bei der verhältnismäßig geringen Zahl der Letzteren, nicht viel herauskommen. Die deutsche Bürgerpartei ist ihrer großen Mehrzahl nach deutsch-conservativ, und gerade deshalb will die „Nat.-Stg.“ von einem Zusammengehen ihrer Gesinnungsgenossen mit dieser Partei nichts wissen.

Die „Nat.-Stg.“ erklärt, daß die Zuschrift des nationalliberalen Führers gegen die „bedenkliche Gesellschaft“ nicht von Hrn. Sobrecht verfaßt ist, daß derselbe auch keinen Antheil an der Veröffentlichung hat.

Die „Post“ schreibt: Von der in Capstadt aufgestellten, sehr angesehenen deutschen Firma Poppe, Nissow u. Co., die in Capstadt mit der Generalvertretung der deutschen Colonialgesellschaft für Südwestafrika betraut war, ist ein völlig beglaubigtes Telegramm eingegangen, welches die Entdeckung von reichhaltigen und ausgedehnten Goldminen in Südrhodesien meldet. Der Reichscommissar Göhring und der Führer der Goldgräber sind, von den entdeckten Minen kommend, in Capstadt angelangt. Es scheint sich um Funde von großer Wichtigkeit zu handeln, da sonst beide Herren sicher die weite Reise von den entdeckten Minen nach Capstadt nicht unternommen haben würden. — Die Goldfinder, denen die jetzt gemeldete wichtige Entdeckung geglättet ist, treffen Ende Juli in der Waldfischbäi ein und begeben sich sofort an die Arbeit. Die Fundorte liegen nordöstlich von der Waldfischbäi. Die Goldgräber sollen erfahrene Leute sein, die früher bereits in Australien gegraben hatten. — Die Erlaubniß zum Graben auf Gold und edle Steine ist den Gründern unter den üblichen Bedingungen gewährt worden. Die wesentlichen Rechte sind der Gesellschaft vorbehalten geblieben.

— Aus dem Gutsbezirke Giesmansdorf bei Meisse, welcher fortan den Namen „Friedenthal“

heißt sich nicht daran, eine polnische Gesandtschaft richtet auch nichts aus, und am 8. Mai 1510 wird die Axt von neuem ausgesprochen und dieses allen Ständen des Reiches, besonders aber dem Herzoge Wladislaw von Bommern bekannt gegeben.

Die Städte suchten wieder, wo es nur ging, Hilfe, aber trotz Versprechen und Verwidelungen mangelte es der Städte. Die Axt wurde erneuert. Da kam einbald Hilfe und zwar durch Herzog Ferdinand. Seinem Einflusse gelang es, daß am 20. Mai 1515 im Frieden zu Breßburg Max die Axt aufhob, was dann am 22. Juli bestätigt, am 6. August dem Kammergericht erklärt und im Dezember im ganzen Reich verkündet wurde. Allein die Freude war von kurzer Dauer. Verwandte und andere Rechtsnachfolger des inzwischen verstorbenen Jodoc traten wieder mit ihren Ansprüchen gegen die Städte hervor. Der Kaiser nahm sich ihrer an, und auch andere Leute begannen sofort, sich dafür zu interessieren, und Dautlager Bürger wurden wieder trotz aller Proteste ins Gefängnis geworfen. Auch der Tod des Königs Max änderte nichts in der Sache, Karl V. blieb auf demselben Standpunkte stehen und erneuerte die Forderungen betreffs der Hilfgelder und die Zahlung vor das Kammergericht. Einer polnischen Gesandtschaft wurde geantwortet, die Städte seien auf deutschem Lande gelegen und dem deutschen Reiche verbannt. Doch durch die Vorstellungen des Herzogs Ferdinand von Oesterreich wurde Karl über den wahren Sachverhalt aufgeklärt, und im Mai 1527 erging eine Verfügung an das Kammergericht, daß die Städte Dautlag und Elbing aus der Jurisdiction des Reiches zu entlassen und die Axt aufzuheben sei.

Die Folgen der Axt dauerten aber noch eine Zeitlang fort, denn mehrfach wurden noch die aus der Jodoc'schen Angelegenheit ererbten Ansprüche gegen die Städte geltend gemacht, und erst 1554 konnte die letzte Forderung befriedigt werden.

So endeten vorläufig die Beziehungen dieser beiden Städte zum Reiche, von einer kühnen anstrengenden Zeit angeknüpft, aber auf Wegen und mit Mitteln, welche zu dem beabsichtigten Ziele nicht führen konnten.

### Die Cheffisterin. Nachdruck verboten.

27] Von S. Palmé-Paxson.

„Was folgte, wissen Sie besser als ich, lieber, barmherziger Engel, das Geschick wollte, daß ich leben blieb, und ich danke dem Himmel dafür, denn Gottes Güte hat mir dadurch Zeit zur Reue und inneren Einsicht gegeben, wenn auch der Bruch, der durch mein ganzes Leben geht, der nichts löste, der nur vernichtete, niemals wieder heilt, wenn auch der Fleden nicht verlischt, den ein Glender zu eigenem nützigen Zweck durch eine erbärmliche Liebesintrigue darauf geworfen. Noch während meiner Reconvalleszenz drang die Nachricht von der Verlobung meines Vaters mit Justine Mittelfeld zu mir. Seine Handlungsweise, sein Benehmen fand nun in jedem Theile für mich ihre Erklärung. Ob ihm sein Vubenstuck das erwartete Glück gegeben? Ich weide es ihm nicht. Doch wäre ich dem großen Geste droben, der in die Herzen der Menschen sieht, dankbar aus tiefster Seele, wenn er es mich erleben ließe, meinen Namen von dem Verdacht befreit zu sehen, der bis heute noch darauf ruht. Keine Lippe hat ihn je ausgesprochen, er hat sich nicht gehorht nur durch ein Lächeln, ein Achselzucken, ein Schweißen, er hat sich nur — gefühlt, und das ist gerade das Fürchterliche, ich kann nicht angreifen, kann nicht fordern auf Leben und Tod. Ich kämpfe mit der Rache und Hinterlist, die wie die Schlange auf dem Boden kriecht und ihre Nabe nur durch die leise bewegten Palme verräth, durch die sie ihren Weg nimmt.“

Lothar erhebt sich, thut einige Schritte, wendet sich und blickt Thurneide an. Sie sitzt da wie eine Gestalt des Friedens und des Liebens, mit ihrem weissen, feierlichen Gesicht. Das letzte Licht des Tages tritt in einzelnen Sonnenblissen hier und da über Baum und See fort, trifft auch sie und hebt ihre feine Gestalt vor dem dunklen Hintergrund ab. Er saugt dieses Bild förmlich in sich ein, um es als unvergängliche Erinnerung an den schönsten Traum seines Lebens festzuhalten. Sein Schweißen erweckt sie. Während er erzählt, glaubte sie sich in eine andere Welt versetzt, glaubte



Nothkaffee Wein M. 4.25 — Noth-Beifenh  
 Wein M. 5. — Feinste Noth-Beifenh 5 Kg.  
 franco M. 2.60 — Weinsteine 5 Kg. franco  
 M. 3. — Ung. Hühnererier 6 Stück feco  
 M. 4. — Gekochtes Hühnig 5 Kg. feco M. 5.50  
 • Gekochte Hühnerfüße 5 Kg. feco M. 4. —  
 Gekochte Schweinefüße 5 Kg. feco  
 M. 7. — Gekochter Schweinefuß 5 Kg.  
 feco M. 6.50 — Bratgänse 5 Kg. feco  
 M. 10. — Brathühner 5 Kg. feco M. 6.  
 — Brateuten 5 Kg. feco M. 6.50 — Trut-  
 hühner (Mutter) 5 Kg. feco M. 7. —  
 J. Watz & Cie, Werschetz, Ungarn.

Zum Verkauf des  
 zum höchsten Adel-  
 stande gehörenden  
 unter ungarischer  
 Herrschaft sich  
 befindenden und  
 veräußert werben-  
 den

**Geirall.**

Der-  
 selbe. Beilagen Sie finden folgende Anzei-  
 gung unserer reichen Heidevorfälle. Seite 20.  
 (S. 1. und 2. Spalte). Die 1. und 2. Spalte sind  
 größte Qualität der Welt! Für Damen frei.

(8683)



Druck u. Verlag v. A. W. Kafemann  
in Danzig.